

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsredaktion
Tageblatt Riesa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei
Dresden 1530,
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 108.

Mittwoch, 9. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungeachtet der Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibweise (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Gittich, Riesa.

Strefemann 50 Jahre.



Berlin. Gustav Strefemann wurde am 10. Mai 1878 in Berlin geboren, wo sein Vater ein Restaurant an der Weidenbammerbrücke unterhalte. Nach dem Besuch des Andreas-Gymnasiums studierte er in Berlin und Leipzig Rechtswissenschaften und war dann zunächst von 1901 bis 1903 Assistent des Verbandes deutscher Schokoladenfabrikanten. Dann wurde er Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Von dieser Stellung aus schied er sich auch das Feld für seine politische Betätigung als Mitglied der Nationalliberalen Partei.

Im Jahre 1907 wurde er erstmals in den Reichstag gewählt und trat dort im Laufe der Jahre mehr und mehr als Redner seiner Partei hervor, in deren Zentralvorstand er auch Mitglied wurde. Bei den Wahlen von 1912 unterlag er zunächst, fand aber durch eine Nachwahl doch wieder den Weg in den Reichstag, wo er während des Krieges eine scharfe annexionspolitische Politik vertrat. Als es nach der November-Revolution im Winter 1918 bis 1919 zu einer Vereinigung der Fortschrittlichen Volkspartei mit einem Teil der Nationalliberalen kam, hielt er sich abseits und begründete die Deutsche Volkspartei, der die rechtsstehenden Nationalliberalen, namentlich in Westfalen und Sachsen folgten. Strefemann selbst wurde im Wahlkreis 15 (Sachsen, Odenburg, Kurich) in die Nationalversammlung gewählt, außer ihm 22 andere Abgeordnete seiner Partei. Im Namen dieser richtete er am 27. Januar 1919 einen Drahtgruß an den in Holland lebenden Kaiser Wilhelm II., der ein Bekenntnis zum monarchistischen Gedanken enthielt. Während der Ruhrkrise wurde offenbar, daß er andere Wege gehen wollte, als das Kabinett Cuno sie für richtig hielt, namentlich innerpolitisch, indem er für ein Kabinett auf breiterer Grundlage, die sogenannte "große Koalition", eintrat.

Als dann am 12. August 1923 das Kabinett Cuno zurücktrat, wurde er mit der Kabinettsbildung beauftragt und zum Reichsminister ernannt. Diese seine Politik fand in den Kreisen seiner eigenen Partei nicht ungeteilten Beifall. Besonders scharf wurde sie von den Deutschnationalen angegriffen. Anfang Oktober sah er sich zum Rücktritt genötigt, als trotz Aufhebens des Ruhrstreikes die Franzosen nicht aufhörten, die rheinische Bevölkerung zu bedrücken. Doch kam es nochmal zu einem zweiten Kabinett Strefemanns, das aber Ende November wieder zurücktreten mußte.

In dem folgenden Kabinett Marx übernahm Strefemann das Portefeuille des Auswärtigen. Hier hat er im wesentlichen in Übereinstimmung mit Marx, eine Politik der Verständigung mit den ehemaligen Feinden Deutschlands, befolgt. In der inneren Politik hielt er an der Koalition mit dem Zentrum fest, auch als es über der Frage der Beziehung der Deutschnationalen zur Regierung, die er an sich wünschte, im Oktober 1924 zur Reichstagsauflösung kam.

In dem neuen Kabinett Luther vom 15. Januar 1925 blieb er Außenminister. Im Februar 1925 leitete er mit dem Vorschlag eines Sicherheitspaktes an Frankreich die Politik ein, die im Oktober 1925 zu der Konferenz von Locarno und am 1. Dezember 1925 zur Unterzeichnung des Sicherheitspaktes und der mit ihm verbundenen Schiedsverträge in London führte. Am 5. Dezember 1925 trat er mit dem gesamten Kabinett Luther zurück. Im zweiten Kabinett Luther übernahm er abermals das Auswärtige Ministerium, ebenso in den beiden folgenden Kabinetten Marx vom 17. 5. 1926 und vom 28. 1. 1927. Folgerichtig betrieb er inwieweit seine Politik der Verständigung, insbesondere mit Frankreich, die am 8. 9. 1926 zum Ein-

Japanische und chinesische Truppen im Kriegszustand.

Zu den japanisch-südkinesischen Kämpfen.

(Berlin. Am 5. Mai abends erstattete, wie die hiesige japanische Botschaft mitteilt, der japanische Konsul in Tsinanfu folgenden Bericht über den letzten Zusammenstoß zwischen den japanischen und den chinesischen Truppen: Am 2. Mai um 9 Uhr 30 Minuten vormittags hat der japanische Konsul in Tsinanfu den General Tschankalschew zu einer Aussprache aufgesucht und dabei den Grund zur Entsendung der japanischen Truppen angegeben. Während er von der Unterredung zurückkehrte, ereignete sich der bekannte Zusammenstoß japanischer und chinesischer Truppen. Gegen mittag desselben Tages ist es zu einer Vereinbarung der Einstellung der Feindseligkeiten gekommen und beiderseits wurden entsprechende Ausführungsbestimmungen erlassen; aber die Chinesen führten diese Bestimmungen nicht durch, sondern setzten die Straßenkämpfe immer weiter fort. Gegen 6 Uhr nachmittags kam es abermals zu Verhandlungen zwischen den beiden Parteien; der japanische Konsul und der Chef des japanischen Divisionsstabes hielten eine Besprechung mit Vertretern Tschankalschews und vereinbarten dabei folgendes: 1. Die chinesischen Südruppen ziehen sich aus der Fremdenquartierszone zurück; 2. in diesem Bezirk soll die chinesische Polizei versuchen, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Diese Vereinbarung sollte am folgenden Tage um 6 Uhr früh in Kraft treten. Aber die Truppen der Südarmerie haben sich nicht danach gerichtet, vielmehr die Straßenkämpfe immer und immer wieder fortgesetzt; sie feuerten dabei aus Fernwaffen und zwar unterschiedslos nicht nur auf japanisches Militär, sondern auch auf japanische Zivilpersonen. Endlich kam am 5. Mai zwischen den beiderseitigen Truppen eine Vereinbarung zustande, infolge deren die Schießerei um 5 Uhr nachmittags aufhörte. Außerhalb der Fremdenquartierszone droht jedoch immer noch Gefahr; der Verkehr ist noch fast verhängt, und der japanische Konsul versucht, eine Verständigung herbeizuführen.

Gegen den Abend desselben Tages, also des 5. Mai, konnte man feststellen, daß auf Seiten des japanischen Heeres die Zahl der Gefallenen 12 und die Zahl der Verwundeten etwa 30 betrug; die dort anwesenden Japaner hatten 10 tote und mehr als 10 Verwundete zu beklagen. Was die Toten betrifft (unter denen sich zwei weibliche Personen befinden), so zeigen einige Zeichen Spuren von grausamer Verwundung. Die Zahl der geschädigten japanischen Gebäude beträgt schätzungsweise mehr als 100.

Die japanische Aktion in Schantung.

(London. Meldungen aus Peking zufolge haben die Japaner formell die Eisenbahn Tsinanfu-Tsinanfu besetzt und offiziell mitgeteilt, daß der Angriff der Südmilitären sie gerechtfertigt habe, Offensivmaßnahmen zu ergreifen. Auswärtige militärische Beobachter legen die japanische Aktion als einer Kriegserklärung gleichkommend aus. Die Japaner

tritt Deutschlands in den Böhmerbund führte. Die folgende vierjährige Botschaft des Sir's mit Briand in Loirch (17. 9. 1926) hatte bisher keine greifbaren Ergebnisse. Dagegen hatte er die Genehmigung, daß ihm am 10. 12. 1926 zusammen mit Briand und Chamberlain der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde. Anfang März 1927 führte er als erster Deutscher den Vorsitz einer Sitzung des Völkerbundesrates in Genf. Innerpolitisch verstand er, keine Partei hinter sich zu halten. Bemerkenswert war, als er am 6. 7. 1926 in einer Aussprache an Studenten u. a. erklärte, daß er, dem der Sturz des Kaiserreichs besonders schmerzhaft gewesen sei, jetzt bereit wäre, die Republik mit seinem Leben zu verteidigen.

Die Antisemitismen, denen Sir, infolge seiner Politik ausgesetzt war, führten zu einem Verleumdungsprozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller in Blauen, der am 19. 7. 1927 mit dessen Verurteilung zu 10000 Mark Geldstrafe in zweiter Instanz beendet wurde.

Am 25. 1. 1928 wurde Sir, von der Universität Heidelberg zum Ehrendoktor ernannt. Seit 1908 ist er mit Käthe Kestler verheiratet, einer Schwester des fürstlich Hohenzollern-Dehring'schen Kammerpräsidenten Dr. Kurt von Kestler, der am 12. 11. 1918 von dem Fürsten zu Lippe-Deimold geädelt wurde.

Die Wahrheit über Rumänien.

an. Berlin. Nachrichten belagen, daß ein Teil der Korrespondenzen der deutschen Blätter in Bukarest verfaßt worden ist. Sie werden beschuldigt, unzutreffende Meldungen weiter verbreitet zu haben. Es wird hierzu bemerkt, daß diese Korrespondenzen zum größten Teil Rumänen sind, die persönlich der Regierung Bratianu nicht günstig gegenüberstehen.

Nach den Meldungen, die die Reichsregierung über die Zustände in Rumänien hat, sind alle Korrespondenzen der tendenziös gefälscht worden. Es liegen sichere Meldungen vor, daß die Bauern am Sonntag ihre Zusammenkunft in aller Ruhe abgehalten haben, und daß eine Resolution angenommen worden ist, in der ausdrücklich betont wurde, daß die Wünsche der Bauern nur auf legalem Wege durchgesetzt werden sollten. Ebenso fest steht, daß die Führer der Bauern jede Resolution ablehnen und gar nicht

hätten ein Ultimatum für die sofortige Räumung Tsinanfu gestellt. Weiteren Berichten zufolge haben in Japan 20 Transportschiffe bereit, um japanische Verstärkungen nach China zu senden. Aus Tokio wird berichtet, daß das japanische Kriegsministerium keine Aufmerksamkeit der Mobilisierung einer Expeditionstreitmacht von 50 000 Mann, falls sich diese als notwendig erweisen sollte, zuzuwende. Aus Peking wird mitgeteilt, daß die Londoner und Methodistenmissionen alle Missionare in Nord-Schantung und Süd-Tschili zurückgerufen haben.

Kämpfe in Tsinan'u.

(Peking. Reuter.) Ein amtliches japanisches Communiqué aus Tsinanfu erklärt, der japanische General habe von den Südruppen gefordert, daß sie sich etwa sieben Meilen von jeder Seite der Tsinanfu-Tsingtau-Eisenbahn zurückziehen. Diese Forderung wurde von den Chinesen abgelehnt. Die Japaner unternahmen Maßnahmen, um ihre Forderung durchzusetzen und veröffentlichten in chinesischer Sprache eine dahingehende Proklamation. Gestern morgen um 8 Uhr wurde eine japanische Abteilung, die längs der Eisenbahn Aufklärungsarbeiten ausübte, plötzlich von südkinesischen Truppen angegriffen. Es entwickelte sich ein scharfes Gefecht. Um 11 Uhr morgens tobte ein erbitterter Kampf.

(London. Reuter.) Meldet aus Schanghai: Obwohl keine Kriegserklärung erfolgt ist, besteht in Tsinanfu zwischen den japanischen und den südkinesischen Truppen ein tatsächlicher Kriegszustand. Die letzten über Tokio gekommenen Berichte aus Tsinanfu belagen, daß die Japaner nach ziemlich hartnäckigem Kampf die strategischen Punkte der Stadt, darunter den Bahnhof, die Kasernen und die Telegrafenanstalten besetzt und ein Munitionslager der Südmilitären in die Luft gesprengt haben.

Japanische Antwort auf eine chinesische Protestnote.

(Schanghai. Reuter.) Die japanische Antwort auf die chinesische Protestnote anlässlich der Vorfälle in Tsinanfu erklärt die Behauptung für unzutreffend, daß der chinesische lokale Vertreter für auswärtige Angelegenheiten in Tsinanfu Tschungschin von japanischen Soldaten getötet worden sei. Die Antwortnote weist darauf hin, daß das chinesische Büro für auswärtige Angelegenheiten sich im Fremdenviertel von Tsinanfu befindet, das in vollem Umfang unter dem Schutz der japanischen Truppen stehe, und daß dort alle anwesenden chinesischen Beamten unversehrt und wohlbehalten seien. Dagegen sei Tschungschin während der Unruhen vom Fremdenviertel abwesend gewesen.

daran denken, auf eine Verstärkung Siebenbürgens von Rumänien hinzuwirken. Bösig abwegig ist ferner, wenn Czernomir Ca rol mit der Bauernbewegung in Zusammenhang gebracht wird. Es ist richtig, daß früher zwischen ihm und dieser Partei gewisse Zusammenhänge bestanden haben, das war aber mehr auf taktische Überlegungen der Bauernführer zurückzuführen, die durch den Kronprinzen der liberalen Regierung in Schach halten wollten. Heute hat Prinz Ca rol in Rumänien überhaupt keinen Anhang mehr, da niemand Verdacht für einen Verräter hat, der aus leichtfertigen Gründen auf seine angekommene Krone verzichtet hat.

Die Meldungen belagen weiter, daß Ministerpräsident Bratianu vorläufig nicht an einen Rücktritt denkt. Das einzige Zugeständnis, zu dem er sich eventuell verheben dürfte, ist die baldige Ausdehnung von Rumänien. In Bukarest herrscht vollkommene Ruhe. Der gewalttätige Bauernaufstand ist erledigt, der vor ihr begonnen hat.

Die Auslegung des Dawesplanes vor dem Haager Gerichtshof.

(Haag. Bei den gestern nachmittag fortgesetzten öffentlichen Verhandlungen des Schiedsgerichts zur Auslegung der Bestimmungen des Dawesplanes bestritt der Vertreter der Reparationskommission, Sir John Fisher Williams (England), den von Professor Kaufmann in der Vormittagsitzung vorgetragene Standpunkt und erklärte, daß Deutschland vor dem Jahre 1924 hinsichtlich des Charakters der in den ältesten Ländern gelegenen ehemaligen deutschen Besitzungen eine andere Ansicht vertreten habe als jetzt. Die deutsche Regierung habe seinerzeit diese deutschen Besitzungen als verloren angesehen. Auch die Sachverständigen des Dawesplanes hätten niemals daran gedacht, diese Besitzungen als Quelle für Zahlungen anzusehen, die von den Jahresabgaben erlöst werden könnten. Ebenso sei im Wortlaut des Sachverständigengutachtens selbst nirgends eine Stelle enthalten, in der angeregt werde, daß die aus der Liquidation der deutschen Wäler, Rechte und Interessen erzielten Erlöse von den Jahresabgaben abgezogen werden könnten. Die Verhandlung wurde auf heute vormittag vertagt.